

Protokoll
Ausschuss für Grenzüberschreitende Verständigung
4. November 2024, Kreis Kleve, Kleve

Anwesend:

Mitglieder: Marieke Moorman (Gemeente Land van Cuijk), Ferdinand Böhmer (Gemeinde Kranenburg), Jonathan Brauer (Gemeinde Weeze), Gerd Engler (Kreis Kleve) Jörn Franken (Stadt Rees), Frank de Gram (Gemeente Nijmegen), Leonard Grüttgen (Provinie Gelderland, Michael Rauner (Gemeente Bergen), Thilo Schwedmann (Stadt Xanten), Doede Sijtsma (Provinie Gelderland), Norbert Spinrath (LVR)
Euregio Rhein-Waal: Andreas Kochs, Heidi de Ruiter, Svenja Arntz, Sanne Jacobs
Gäste: Ralf Kalbfleisch, Gemeinsame Verbindungsstelle B-NL

Entschuldigt:

Ralf Berensmeier (Kreis Wesel), Sjaak Böhmer (Gemeente Montferland), Katja Maria Eggers (Bezirksregierung Düsseldorf), Nadine Jordan (Stadt Hamminkeln), Jörn Franken (Stadt Rees), Jürgen Franken (Kreis Kleve), Frank Putzmann (Stadt Moers), Thomas Susen (Stadt Duisburg), Edwin Tiggers (Gemeente Lingewaard), Sijmen Versluijs (Gemeente Beuningen)

TOP 1 Eröffnung und Begrüßung

Die Vorsitzende Marieke Moorman begrüßt alle Anwesenden an diesem interessanten Ort.

Da viele neue Vertreter anwesend sind, schlägt sie vor, mit einer kurzen Vorstellungsrunde zu beginnen.

Es gibt keine Ergänzungen zur Tagesordnung, die somit ohne Änderungen angenommen wird.

TOP 2 Genehmigung Protokolle der Sitzungen vom 15. April und 28. Oktober 2024

In Bezug auf die Protokolle vom 15. April 2024 und 28. Oktober 2024 gibt es keine Anmerkungen oder Änderungsvorschläge.

Beschluss:

Das Protokoll der Sitzung vom 15. April 2024 wird unverändert genehmigt.
Das Protokoll der Sitzung vom 28. Oktober 2024 wird unverändert genehmigt.

TOP 3 GROS NL-NRW

TOP 3a Rückblick Grenzland 26. September in Krefeld

Punt 3b Grenzlandagenda 2024-2025

Auf Bitte der Vorsitzenden erläutert Herr Kochs (Euregio Rhein-Waal) kurz diese Tagesordnungspunkte. Er weist darauf hin, dass die Grenzlandkonferenz in Krefeld mit über 350 Besuchern sehr erfolgreich verlaufen ist. Frau De Ruiter (Euregio Rhein-Waal) ergänzt, dass die Euregio Rhein-Waal erneut ein Side Event zu Euregio-Profilschulen initiiert hat. Dieses Side Event verlief sehr gut und die Bezirksregierungen sind nun auch der GROS-Arbeitsgruppe Bildung beigetreten. Dies ist sehr erfreulich, da die deutsche Seite bei diesen Beratungen bisher unterrepräsentiert war.

Die Sitzung der Leitungsgruppe im Vorfeld war spannend, da Nordrhein-Westfalen angesichts der am 16. September in Deutschland eingeführten Grenzkontrollen den Passus über offene Grenzen einseitig aus der Grenzlandagenda gestrichen hat. Dies führt zu Missverständnissen auf niederländischer Seite und unter den Euregios. Es wurde vereinbart, sich auf die Ziele der Grenzlandagenda zu einigen und daran zu arbeiten. Bezüglich des

Absatzes über offene Grenzen wurde vereinbart, dass eine amtliche Arbeitsgruppe eingesetzt wird, die eine Alternative formulieren soll. Diese Alternative wird dann der Leitungsgruppe zur Genehmigung vorgelegt und in die Grenzlandagenda 2024-2025 aufgenommen.

TOP 3c Rückblick Gespräch Europakommission Landtag NRW

Auf Bitte der Vorsitzenden erläutert Frau De Ruiter kurz, ergänzend zu den Ausführungen in den Sitzungsunterlagen, dass der Ausschuss für Europa und Internationales des Landtags NRW die Euregios bereits zum zweiten Mal eingeladen hat, um aktuelle Themen zu erläutern. Im Anschluss an diese Sitzung hat die SPD-Fraktion den Euregios den Haushaltsentwurf zugesandt mit der Bitte, die vorgesehenen Mittel für die GrenzInfoPunkte zu prüfen. Die vorgesehene Finanzierung ist etwas niedriger als beantragt, aber ein guter Schritt in die richtige Richtung. Die SPD wird dazu in der Haushaltsdebatte Fragen stellen. Auch die CDU hat über die Medien verlauten lassen, dass die Finanzierung der GrenzInfoPunkte gesichert werden soll. Das ist für uns sehr wichtig, denn die Niederlande, Nordrhein-Westfalen, die Bundesländer und die Euregios haben sich auf eine strukturelle Förderung geeinigt, deren Höhe aber nach vier Jahren neu verhandelt werden muss.

Beschluss:

Die Tagesordnungspunkte 3a bis 3c werden zur Kenntnis genommen.

TOP 4 Grenzkontrollen entlang der deutsch-niederländischen Grenze

Auf Bitte der Vorsitzenden führt Herr Ralf Kalbfleisch von der Gemeinsamen Verbindungsstelle B-NL in diesen Tagesordnungspunkt ein.

Zunächst geht Herr Kalbfleisch kurz auf die Aufgaben der Gemeinsamen Verbindungsstelle B-NL ein. Hier arbeiten die Bundespolizei und die Koninklijke Marechaussee zusammen, wenn es um den Austausch von Daten, die Überprüfung von Personendaten und zum Beispiel um den Austausch von Gefangenen oder Abzuschiebenden geht. Es beschäftigt neun Mitarbeiter der Bundespolizei und 15 Mitarbeiter der Koninklijke Marechaussee. Die Geschäftsstelle ist an sieben Tagen in der Woche und 24 Stunden am Tag besetzt.

Anschließend erläutert Herr Kalbfleisch die Situation der Grenzkontrollen, die Deutschland ab dem 16. September 2024 an allen Binnengrenzen eingeführt hat. Herr Kalbfleisch weist darauf hin, dass die Mitgliedstaaten, die den Schengener Vertrag unterzeichnet haben, bei der Europäischen Kommission eine Ausnahme beantragen können, sofern diese gerechtfertigt ist. Diese Ausnahme kann nach sechs Monaten verlängert werden. Ob dies geschieht, hängt von der Politik ab. Mehrere Mitgliedsstaaten machen derzeit von dieser Möglichkeit Gebrauch. So hat auch Deutschland während der Europameisterschaft im vergangenen Sommer eine Ausnahme beantragt, um zusätzliche Grenzkontrollen durchzuführen. Der unmittelbare Grund für die aktuelle Ausnahme sind die Ereignisse in Solingen und die hohe Zahl von Flüchtlingen und Migranten, die nach Deutschland gelangen wollen. Ziel ist es, die Auswirkungen auf den Verkehrssektor und die Grenzreisenden zu minimieren. Die Ausnahme bedeutet in der Tat ein Kontrollrecht, nicht ein Kontrollzwang. An der deutsch-niederländischen Grenze ist die Bundespolizei Bad Bentheim für die Grenze zwischen Niedersachsen und den Niederlanden zuständig. Kleve ist zuständig für das Gebiet zwischen Bad Bentheim und der Bundesautobahn 53 bei Roermond. Weiter südlich ist Aachen zuständig. Wie diese Grenzkontrollen gestaltet werden, entscheidet die zuständige Bundespolizeiinspektion selbst, weshalb im Norden oft die Autobahnübergänge kontrolliert werden und in unserer Region weniger. Kontrolliert wird insbesondere auf Terrorismus, Menschenhandel, irreguläre Migration und auf Personen, die ein Einreiseverbot für Deutschland haben oder von den Justizbehörden in Deutschland gesucht werden. Diese Kontrollen sind auch im Rahmen von Schengen möglich. Mit der Ausnahme, dass es nun möglich ist, diesen Personen die Einreise nach Deutschland zu verweigern, ohne sie offiziell abschieben zu müssen. Das ist effizienter.

Frau Moorman fragt, woher man weiß, wer angehalten werden muss, nicht jedes Auto wird kontrolliert. Herr Kalbfleisch sagt, das sei Erfahrung, man schaue hinein und entscheide, ob der Autofahrer weiterfahren dürfe oder nicht. Im Prinzip kann und darf jeder kontrolliert werden.

Herr Engler (Kreis Kleve) fragt, worin der Unterschied zwischen diesen Kontrollen und denen während der Europameisterschaft im letzten Sommer besteht. Herr Kalbfleisch antwortet, es gebe keinen rechtlichen Unterschied zwischen den Kontrollen, nur die Zielgruppe sei eine andere. Während der EM waren es hauptsächlich Hooligans, Personen mit Stadionverboten usw. Allerdings hatten die Niederlande ihre Fans gut im Griff, so dass nur wenige Personen an der Grenze abgewiesen oder zurückgeschickt wurden. Schon damals wurden aber auch andere Personen kontrolliert, die jetzt mehr im Fokus stehen.

Herr Spinrath (LVR) sagt, er habe aus den Medien erfahren, dass die Halbzeitbilanz nach sechs Wochen zeige, dass nur 800 Personen an den deutschen Binnengrenzen aufgehalten oder festgehalten worden sind. Das ist eine sehr geringe Zahl. Die Polizeigewerkschaften sagen, der Personaleinsatz ist irrsinnig hoch und nicht alle Grenzen würden kontrolliert. Er fragt sich, wie Herr Kalbfleisch das sieht. Herr Kalbfleisch sagt, es ist der politische Wille, Grenzkontrollen auf diese Weise zu ermöglichen. Die Möglichkeit, Kontrollstellen einzurichten und die vereinfachten rechtlichen Möglichkeiten erleichtern der Bundespolizei die Arbeit. Es ist auch klar, dass jemand, der an Punkt A zurückgeschickt wird, es an Punkt B erneut versuchen kann. Für reisende Kriminelle, die organisierte Kriminalität und z.B. Geldautomatensprenger sind auch Kontrollen weiter von der Grenze entfernt möglich. Man ist sich jedoch der Lücken im System bewusst. Zur personellen Ausstattung sagt Kalbfleisch, die Grenzkontrolle gehöre zu den Aufgaben der Bundespolizei, so dass dafür Personal zur Verfügung steht. So wie die Kontrollen jetzt gestaltet sind, gibt es auch Personal dafür. Anders wäre es, wenn z.B. feste, ständig besetzte Kontrollstellen eingeführt würden oder die Intensität erhöht würde, dann müssten Personal und Aufgaben verlagert werden.

Herr Sijtsma (Provinz Gelderland) fragt, ob ein Vergleich zwischen der Anzahl der Personen, denen die Einreise verweigert wurde, vor der Einführung der Grenzkontrollen und jetzt bereits bekannt ist. Herr Kalbfleisch antwortet, dass die Einführung der Grenzkontrollen selbstverständlich ausgewertet wird, dass diese Daten aber noch nicht bekannt sind.

Herr Rauner (Gemeinde Bergen) sagt, dass er als Bürgermeister einer Grenzgemeinde noch nicht viel von den Grenzkontrollen mitbekommen oder Belästigungen erlebt hat. Der Vorteil für die Regierung scheint vor allem in den rechtlichen Möglichkeiten bezüglich Profiling, Datennutzung und Identitätsnachweis zu liegen.

Herr Engler fragt, ob bereits bekannt ist, ob die niederländischen Grenzkontrollen in der gleichen Weise gestaltet werden. Herr Kalbfleisch antwortet, dies ist noch nicht bekannt, aber es gibt gute Kontakte zur Koninklijke Marechaussee. Die Koninklijke Marechaussee konzentrierte sich jetzt hauptsächlich auf den Flughafen Schiphol und für die Kontrollen an den Binnengrenzen NL-D-B müssten mehr Kräfte an den Binnengrenzen eingesetzt werden. Dies wird derzeit organisiert. Darüber hinaus arbeiten die Niederlande wie Deutschland informationsgesteuert mit Hilfe von Kameras an den großen Grenzübergängen. Es ist wichtig, zu gegenseitigen Maßnahmen beizutragen.

Die Vorsitzende dankt Herrn Kalbfleisch für seine sachliche Erläuterung. Es war interessant und nützlich zu hören, wie Grenzkontrollen in der Praxis funktionieren.

Abschließend berichtet Herr Kochs über die von der AGEG (Arbeitsgemeinschaft Europäischer Grenzregionen) verabschiedete Resolution zu diesem Thema. Diese Resolution war von den niederländischen Euregios, darunter auch die Euregio Rhein-Waal, eingereicht worden. Diese Resolution hat bereits ein großes Medienecho hervorgerufen. Die Resolution ist dem Bericht beigelegt.

Beschluss:

Der Tagesordnungspunkt wird zur Kenntnis genommen.

TOP 5 Euregionales Forum Gesundheitsversorgung

Die Vorsitzende führt kurz in das Thema ein und übergibt dann das Wort an Frau Jacobs (Euregio Rhein-Waal). Frau Jacobs ist seit Juni bei der Euregio Rhein-Waal tätig und u.a. für das Euregionale Gesundheitsforum zuständig. Anhand einer Powerpoint-Präsentation (im Anhang) erläutert Frau Jacobs den Stand der Dinge in Bezug auf das Euregionale Forum Gesundheitsversorgung. Dieses Forum wird im Jahr 2025 30 Jahre alt und besteht aus etwa 40 Mitgliedern, die sich regelmäßig treffen. Als Beispiel für ein erfolgreiches Projekt, das durch das Euregionale Gesundheitsforum zustande gekommen ist, nannte Frau Jacobs den grenzüberschreitenden Einsatz von Trauma Hubschraubern in der Euregio Rhein-Waal. Unter anderem aufgrund der Corona und des Ausscheidens von Frau Remers, der langjährigen Koordinatorin des Euregionalen Gesundheitsforums, hatte das Netzwerk in den letzten zwei Jahren an nachlassendem Interesse gelitten. Da die Mitglieder jedoch gleichzeitig signalisierten, dass ein aktives grenzüberschreitendes Netzwerk wichtig ist, hat die Euregio Rhein-Waal in diesem Jahr mit Hilfe eines Praktikanten eine Bestandsaufnahme der Bedürfnisse der Mitglieder vorgenommen und eine Strategie für die Zukunft entwickelt. Um den Neustart des Netzwerks einzuläuten, findet am 19. November ein Treffen im Radboud Experience Center des Radboudumc in Nijmegen statt. Auch für das Frühjahr 2025 ist bereits ein Treffen geplant.

Herr Rauner fragt, ob das Netzwerk nur auf Gesundheitseinrichtungen beschränkt ist oder ob auch andere Sicherheitsdienste beteiligt sind. Ersteres ist der Fall. Frau De Ruiters fügt hinzu, dass die Sicherheitsdienste alle am multidisziplinären Runden Tisch für öffentliche Ordnung und Sicherheit teilnehmen, der von der Euregio Rhein-Waal moderiert wird.

Herr Spinrath (LVR) fragt, ob auch die LVR-Kliniken in dem Netzwerk vertreten sind. Frau Jacobs bejaht dies und teilt mit, dass die LVR-Kliniken im Bereich der Kinder- und Jugendpsychiatrie eng mit Karaker aus Nijmegen zusammenarbeiten und auch an einem Interreg-Projekt beteiligt sind.

Frau Moorman bittet darum, die Kontaktdaten von Sanne Jacobs in das Protokoll aufzunehmen: jacobs@euregio.org, +49-2821 793038).

Frau Moorman dankt Frau Jacobs herzlich für die Erläuterung und wünscht ihr alles Gute in ihrer neuen Position.

Beschluss:

Der Tagesordnungspunkt wird zur Kenntnis genommen.

TOP 6 Interreg VI A Deutschland-Niederland

TOP 6a Sachstand Interreg VI A Deutschland-Niederland

Die Vorsitzende fragt Herrn Kochs, ob er zusätzliche Erläuterungen zu diesem Punkt geben will. Herr Kochs teilt mit, dass nun 10 Projekte innerhalb der Prioritäten 3 und 4 genehmigt worden sind, die dem Ausschuss bereits zu einem früheren Zeitpunkt vorgestellt worden waren. Die Projekte GrenzTalentFit (Arbeitsmarkt) und FLEX (Automatisierung im ÖPNV), die in der gemeinsamen Ausschusssitzung am 28. Oktober diskutiert wurden, befinden sich im Genehmigungsverfahren. Neue Projektideen sind bei den Kolleginnen und Kollegen des Regionalen Programmmanagements weiterhin willkommen. Dies gilt auch für den KPF.

TOP 6b Sachstand kleine Projekte Kleinprojektfonds

TOP 6c Sachstand Mini-projekte Kleinprojektfonds

Auf Bitten der Vorsitzenden erläutert Frau Arntz (Euregio Rhein-Waal) kurz diese Tagesordnungspunkte. Für die neuen Mitglieder erklärt sie kurz, dass der Kleinprojektfonds (KPF) der Nachfolger von People to People ist. Kleinere Projekte in den Bereichen People to People, Bildung, Gesundheit und Governance können im Rahmen des KPF wie bisher einen Zuschuss von maximal 50% und maximal 25.000 EUR beantragen. Neu ist, dass diese Projekte keine Rechnungen und Zahlungsnachweise mehr einreichen müssen. Dies hat das Verfahren für die Gewährung von Zuschüssen erheblich vereinfacht. Zu den Miniprojekten sagte Frau Arntz, dass diese Projekte in der neuen Förderphase einen Festbetrag von 750 Euro erhalten; auch diese Projekte müssen keine Rechnungen und Zahlungsnachweise einreichen. Das Antragsverfahren ist vollständig digital und verfügt über ein eigenes Antragsformular: <https://kpf.deutschland-nederland.eu/>.

Derzeit sind 22 KPF-Projekte und 125 Miniprojekte genehmigt worden.

Beschluss:

Die Tagesordnungspunkte 6a bis 6c werden zur Kenntnis genommen.

TOP 7 Mitteilungen / Rundfrage

Die Vorsitzende weist die Mitglieder auf die Vorankündigung (TOP 7d) des Jahresabschlussempfangs am 16. Dezember hin und lädt die Mitglieder herzlich dazu ein.

Bezüglich der Sitzungstermine für 2025 (TOP 7e) bittet sie alle Mitglieder, in ihren Kalendern 2 Stunden pro Sitzung zu reservieren.

Zu den Tagesordnungspunkten 7a bis 7c gibt es keine Fragen oder Anmerkungen.

Es gibt keine weiteren Fragen oder Anmerkungen für die Rundfrage

Beschluss:

Die Tagesordnungspunkte 7a bis 7c werden zur Kenntnis genommen.

TOP 8 Schließung

Die Vorsitzende bedankt sich bei allen Anwesenden für ihre konstruktiven Beiträge und schließt die Sitzung.

Anschließend führt Herr Kalbfleisch die Teilnehmer durch die Gemeinsame Verbindungsstelle B-NL, wo die Teilnehmer eine interessante Erläuterung erhalten.

26. November 2024, Heidi de Ruiter